

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7 Jannowitz 8909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 243 B

BERLIN • Sonnabend, den 15. Oktober 1932

I. JAHRGANG

# Schmähliche Kapitulation von politischen Arbeiterführern.

## AUS DEM INHALT:

Vom grünen Tisch in Genf.  
Senatorenwahlen in Frankreich.  
Behörden im Wahlkampf.  
Die aufbauwilligen Terroristen.  
Der Rundfunk bringt launige „Kritiken“.  
Der belgische Gewerkschafts-Kongreß.  
Ein sozialistischer Sieg am Dnjepr?

## Demokratie und Führerschaft.

Von Gustav Heckmann.

Die Stellungnahme zu Papens Verfassungsreform-Plänen ergibt sich für uns bereits aus der Erwägung, daß die Abhängigkeit von Macht in den Händen der Vertreter der kleinen Herrenklasse ist, die gegenwärtig Deutschland regieren. Was mit Hilfe dieser „autoritären“ Macht geschehen soll, davon spürt die Arbeiterschaft gegenwärtig, was bei der Schrumpfung des Lohnes — soweit es nicht durch Streiks gelangt, eine solche Schrumpfung abzuwehren.

Bedarf es also zur Beurteilung dieser Pläne keiner theoretischen Auseinandersetzungen, so ist es um so interessanter, auf die Diskussion einiger Demokraten einzugehen, die durch Papens Pläne entsetzt worden ist. Angesichts der vorliegenden Tatsachen geben viele Demokraten das Versagen des Parlaments zu und betonen, daß eine Reform der Weimarer Verfassung notwendig sei.

Die parlamentarische Kontrollinstanz, ursprünglich gedacht als ein Schutz gegen ein Versagen, einen Machtmißbrauch seitens der Regierung, versagt heute selber. Was soll geschehen? Hierüber äußerte sich vor einigen Tagen der demokratische Universitätsprofessor Friedrich Meinecke in der „Vossischen Zeitung“. Seine Antwort:

„Die Ausartung von Parlament und Parteien kann nun freilich nur bekämpft werden durch Stärkung von Recht und Macht des Reichspräsidenten und durch Schaffung einer wirklichen Gegeninstanz gegen den Reichstag durch ein wirkliches Oberhaus... So kommt es zu einem Dualismus der unmittelbar vom Volke gewählten Gewalten; der vor der Gefahr eines Kampfes unter einander auf Tod und Leben... behütet wird durch das Ventil des Oberhauses.“

Eine Verlegung nahezu der gesamten gesetzgeberischen Macht auf den Reichspräsidenten, wie sie z. B. der ehemalige Demokrat und frühere Reichsminister Schiffer fordert, lehnt Meinecke ab; denn:

„Man denke sich einen Mann von minderer Weisheit und stärkerem persönlichen Ehrgeiz an seiner (Hindenburgs) Stelle. — Würden die ihm gewährten Rechte ihn nicht ebenso zur Expansion seiner Macht einladen, wie die durch die Weimarer Verfassung den Parteien gewährten Möglichkeiten zu einer solchen Expansion verlockt haben?“

Das einzige Heilmittel, das hier ein Demokrat gegen das Versagen der bisherigen äußeren Kontrollinstanz vorzuschlagen weiß, ist also im wesentlichen die Einrichtung einer neuen äußeren Kontrollinstanz

zu der bisherigen, einer „Gegeninstanz“. Offenbar sollen die verschiedenen Instanzen so gegen einander wirken, daß sie sich gegenseitig an Ausschreitungen hindern.

Man wird hier an Nelsons Worte erinnert:

„Ich habe immer schon darauf gewartet: Wann werden die Demokraten, die eine Kontrolle der Regierung verlangen, und deshalb das Parlament eingesetzt haben, wann werden die Demokraten zu der Einsicht kommen, daß dieses Parlament wieder eine Kontrolle braucht? Wann endlich kommen die Menschen, die diese Kontrolle schaffen? Jetzt endlich, jetzt sind sie auf dem Plan.“

Offenbar aber muß man die Frage nach der Kontrollinstanz, wenn man sie überhaupt für sinnvoll hält, in bezug auf Meineckes Instanzenystem wiederholen; denn was soll geschehen, wenn sich dieses verzwickte Gleichgewichtssystem in ähnlicher Weise als arbeitsunfähig erweist wie das Parlament jetzt? Und vor allem: was soll geschehen, wenn

## Zwei Bittgänge zu den Oberen.

### In England.

Wer. In der „Times“, der alten englischen konservativen Zeitung, konnte man vor einigen Tagen einen Brief lesen, den wir stellenweise wiedergeben:

„An den Redakteur der „Times“!

Sir, — Die Geduld der Erwerbslosen, die sich lange Zeit bewährt hat, ist nun erschöpft. . . . im ganzen Lande kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei.

Ich verstehe, wie es diesen Opfern unserer grausamen Zivilisation geht. . . . Wenn ich nicht mein täglich Brot hätte, . . . würde ich vielleicht auch meine pazifistischen Prinzipien vergessen und Steine werfen. . . .

Wenn das Unterhaus wieder zusammentritt, werden meine Kollegen und ich unser Bestes tun, um dem Uebel abzuwehren. Inzwischen wünsche ich, in Ihren freundlichen Spalten, an die Führer der Religion die Frage zu richten, was sie in dieser Lage zu tun gedenken. . . .

Die großen Industriellen sagen mir, was wir brauchen, sei mehr Kaufkraft. Ich frage: warum sollen wir dann sparen, warum sollen wir nicht anfangen, zu verbrauchen? Wenn wir zu einem anderen großen Krieg verdammt werden würden, würden wir nicht zögern, das Nötige zu tun, um ihn zu gewinnen; warum können wir nicht unseren Krieg gegen die Armut gewinnen?

Erwerbslosigkeit und Armut in unserem Lande ist kein Akt von Gott oder Naturgeschick. Das Uebel ist unter uns und kommt von uns und von einer ungesunden und unkontrollierbaren Quelle. Wir können unserer Verantwortung nicht ausweichen, und ich frage: gibt es in unserem Lande keinen religiösen Führer, der, im Namen des Begründers unseres Glaubens, hervortreten will, um einen Kreuzzug zu führen gegen diese von Menschen verursachten Uebel?

Wer, unter den Führern der Christenheit, will, im Namen des Herrn, einen solchen Feldzug organisieren und leiten, einen Feldzug von Gebet und Aktion, der das Parlament zum Handeln zwingen wird?

Ich bin bereit, mich mit irgend einem Führer irgend einer Gemeinde zu verbünden, der hervortreten will und seinen großen Kreuzzug, nicht für Almosen, sondern für das Recht, führen will.“

Wer der Unterzeichner dieses Briefes an die Zeitung der Aristokraten und Konservativen von England ist?

Es ist der Führer der Vertreter von Millionen von Arbeitern im Parlament, der Führer der Parlamentsfraktion der Labour Party, Georges Lansbury, der nicht die Millionenmacht der Gewerkschaften aufruft, um für das Recht der Erwerbslosen zu kämpfen, sondern die Führer der Christenheit!

### In Deutschland.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei; der Abgeordnete Wels, hat sich mit dem Staatssekre-

tär Meißner in Verbindung gesetzt und gegen die Schärfe des Tons und die Aggressivität des Reichskanzlers gegenüber der Sozialdemokratischen Partei Beschwerde erhoben. Er hat dabei ausgeführt, daß diese Haltung des Kanzlers die Stimmung innerhalb der Partei verschärfe, und deshalb empfohlen, den Reichspräsidenten zu bitten, er möge auf den Reichskanzler Einfluß nehmen, damit er in Zukunft solche Schärfen wie in seiner Münchener Rede unterlasse.

Staatssekretär Meißner hat Herrn Wels erklärt, daß er den Protest zur Kenntnis nehmen und weiterleiten werde. („Berliner Tageblatt“.)

Diese beiden Tatsachen, die einander ähnlich sehen wie ein Ei dem andern, zeigen, daß es kein Zufall ist, was Lansbury und Wels hier vollbringen. Es ist die Erscheinung des konsequenten Reformismus, der es ablehnt, für seine Rechte zu kämpfen, sondern der in jeder Situation nur nach den Brosamen schnappt, die von der Herren Tische fallen.

Daß diese Kennzeichnung nicht verleumderisch ist, weil vielleicht die politischen Arbeiterführer nicht anders könnten, wird bewiesen durch die Tatsache, daß der Kampf um Arbeiterrechte heute durchaus Aussicht auf Erfolg hätte, wenn man ihn nur aufnähme. Die gewonnenen Streiks zeigen das deutlich! Und was die gewiß nicht revolutionären Gewerkschaften erreichen, sollte den politischen Organisationen unmöglich sein? Die Sache ist so, daß die Kollegen in den Gewerkschaften ihre Führer bereits zum Widerstand genötigt haben (der Leipart-Brief beweist das!). In der SPD ist das noch nicht gelungen; sie kann noch immer den Leipart-Brief totschweigen!

Hier muß die Mitgliedschaft einhaken und verlangen, daß mit der Kriecherei Schluß gemacht und in einer gemeinsamen Front mit den Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiterschaft der Kampf aufgenommen wird:

**Gegen Papen und die gesamte Reaktion!**

Zu allem Ueberflus erklärt der Kanzler, die ihm unterstellten Ausführungen hätte er gar nicht gemacht. Er habe vielmehr erklärt, im Anschluß an seine Rede von dem Kampf um die Wiederherstellung der Ehre Deutschlands, daß, wer sich in diesem Kampf nicht einmütig hinter die Reichsregierung stelle, ein Feind des Volkes sei.

Herr von Papen meint also, das sei für Wels nicht beleidigend! Da irrt er sich: Wels fühlt sich nicht für die Ehre der proletarischen Klasse verantwortlich, sondern für die Ehre Deutschlands; eingeschlossen alle Generäle, Junker und Pfaffen; denn er ist noch weit entfernt von dem proletarischen Standpunkt, den ein Revolutionär vor Gericht einst so vertrat:

**Eure Ehre ist nicht meine Ehre!**

sich alle drei Instanzen des Systems im Dienste der Ausbeutung der breiten Volksmasse durch eine kleine Herrenklasse als sehr arbeitsfähig erweisen?

Es ist klar, daß man durch den Einbau immer neuer äußerer Kontrollinstanzen zu keinem Ende kommt. Durch kein noch so raffiniertes bloßes äußeres Kontrollsystem innerhalb der Verfassung kann Machtmißbrauch beseitigt werden.

So wertvoll z. B. auch die Ausschließung der Kapitalisten

von der Mitbestimmung an der Regierungsbildung als Uebergangsform zu einer ausbeutungsfreien Staatsordnung sein mag — auch durch diesen äußeren Mechanismus (der Diktatur gewählter Vertreter der proletarischen Klasse) ist noch kein ausbeutungsfreies Regieren gewährleistet. Denn auch dann ist es den Besitzenden grundsätzlich immer möglich, diejenigen, die politisches Mitbestimmungsrecht haben, in hinreichender Menge zu kaufen — wenn diese überhaupt käuflich sind.

Da es unmöglich ist, durch einen bloßen äußeren Mechanismus die Unterbindung der Ausbeutung zu sichern.

**bleibt für die staatliche Organisation der ausbeutungsfreien Gesellschaft nur der Weg übrig, die Inhaber der Staatsmacht in ein festes inneres Verhältnis zum Recht zu bringen.**

Es kommt darauf an, die Staatsmacht in die Hände von Menschen zu bringen, die weder käuflich sind, noch ihre Macht zu Privatzielen mißbrauchen; die das Wesen der Ausbeutung wie das des Rechts hinreichend klar erkannt haben und die außerdem über hinreichende Kraft und Reinheit des Willens verfügen.

Wie ist dieses ganze Unternehmen durchführbar?

Es setzt voraus, daß man sich zutraut, das Recht wissenschaftlich so zu erforschen, daß nicht nur allgemeine Richtlinien für den Aufbau einer ausbeutungsfreien Gesellschaft nachweisbar sind, sondern daß wissenschaftlich festgestellt werden kann, was in einem beliebigen Fall Recht ist. Daß dies möglich ist, daß die Aufdeckung der Anforderungen des Rechts mit wissenschaftlichen Methoden gelingt, davon kann sich jeder überzeugen, der sich mit hinreichender Anstrengung darum bemüht: er braucht sich z. B. nur hinreichend lang der Führung eines Lehrers anzuvertrauen, der mit den Methoden jener Forschung vertraut ist und es versteht, andere zur eigenen Nachprüfung der rechtlichen Wahrheiten zu bringen; oder er braucht nur selber zu studieren, was Forscher auf diesem Gebiet, wie z. B. Nelson, über die Ergebnisse ihrer Forschungen und über die Wege, auf denen sie zu ihnen gekommen sind, geschrieben haben.

Aber auch ohne das mühsame Verfahren dieser Nachprüfung ist jeder, der für seinen Kampf gegen die Ausbeutung andere Gründe als Privatinteressen hat, notwendig davon überzeugt, daß es über das, was Ausbeutung und was Recht ist, eine objektive Entscheidung gibt.

„Wenn wir aber überhaupt eine Entscheidung für möglich halten, die allgemein verbindlich sein soll, dann wollen wir diese Entscheidung suchen mit der ganzen Kraft unseres Geistes, bis wir sie gefunden haben. Und wenn wir sie gefunden haben, wollen wir den Staat danach einrichten. Aber wir wollen dann nicht eine Abstimmung darüber veranstalten.“ (Nelson.)

Zur Organisation des Rechtsstaates ist es also notwendig, daß die ständige Ausbildung und Pflege der Wissenschaft vom Recht staatlich organisiert wird. Damit ist hier nicht das gemeint, was man heute unter Rechtswissenschaft versteht:

die Wissenschaft von dem, was in den Gesetzsammlungen steht, sondern die Wissenschaft von den Maßstäben, nach denen auch das, was in den Gesetzsammlungen steht, erst daraufhin beurteilt werden kann, ob es mehr ist als eine bloße Legalisierung der Ausbeutung. Ohne die Aufdeckung solcher Maßstäbe ist das, was heute als „Rechtswissenschaft“ bezeichnet wird, nach Nelsons treffendem Wort eine „Rechtswissenschaft ohne Recht“.

Weiter gehört zur Organisation des Rechtsstaates eine

**Einrichtung zur Ausbildung der Staatsfunktionäre in jener Wissenschaft vom Recht und zu ihrer Auslese, Erprobung und Festigung in bezug auf charakterliche Zuverlässigkeit.**

Denn ohne Kraft und Reinheit des Charakters, ohne diese innere Kontrolle, wird auch durch noch so tiefes Wissen vom Recht ein Mißbrauch der Macht nicht ausgeschlossen. Die innere Kontrolle, die nur im Charakter liegen kann, ist das einzige, was die Inhaber der Staatsmacht in ein festes inneres Verhältnis zum Recht bringen kann.

Es ist äußerst merkwürdig, daß zwar nahezu jeder sich zutraut, bei hinreichender Erfahrung mit einem Menschen ein Urteil über dessen Charakter abzugeben, daß aber der Vorschlag des ISK, politische Funktionäre planmäßig nach ihrer charakterlichen Eignung auszuwählen und auszubilden, vielfach noch mit Kopfschütteln aufgenommen wird. Die meisten Menschen öffnen sich oben nur mit großem Widerstreben einem „neuen Wort“. Es ist aber ein beschämender Zustand, daß Methoden zur planmäßigen Erziehung von Funktionären im Sinne einer bestimmten Charakterbildung da längst ausgebildet sind, wo es im Dienst einer Willkür-Herrschaft geschieht: in der katholischen Kirche und im Jesuitenorden zum Beispiel.

Alle wissenschaftlichen Methoden und alle Erziehungsarbeit an den politischen Funktionären schließen jedoch Irrtümer nicht völlig aus. Das ist besonders schwer auf dem

Gebiet solcher Wahrheiten wie der rechtlichen, deren wir uns nicht ohne weiteres mit aller Klarheit bewußt sind und deren Erkenntnis wesentlich schwieriger ist als z. B. die Entdeckung eines Naturgesetzes. Zur Organisation des Rechtsstaates gehört es also, das Höchstmaß an Gewissenhaftigkeit aufzubieten, seine Maßnahmen auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen. Hierzu gehört, daß sie

**einer öffentlichen Kritik unterliegen.**

Man kann sich zu diesem Zweck etwa eine Einrichtung vorstellen, in der die Regierung öffentlich über ihre Maßnahmen Rechenschaft ablegt, öffentlich Rede und Antwort steht, ohne daß ihr dadurch die Entscheidung über ihre Maßnahmen abgenommen wird, für die sie die volle Verantwortung trägt. Im Interesse der öffentlichen Kritik der Regierungsmaßnahmen gewinnt auch die Forderung der Freiheit der Meinungsäußerung Bedeutung. Auch den öffentlichen Schulen fällt hier eine wichtige Aufgabe zu: für rechtliche Aufklärung zu sorgen, damit eine rechtliche öffentliche Meinung zustandekommt.

Hiermit sind einige Merkmale einer führerschaftlichen Staatsverfassung ohne Anspruch auf Vollständigkeit umrissen. Das, was die Führerschaft von der Diktatur unterscheidet, ist die Herstellung der Verantwortlichkeit der Machthaber vor dem Recht, während bei einer Diktatur der persönliche Wille des Diktators oberstes Gesetz ist, nach dessen Verantwortlichkeit gegenüber einer anderen (inneren oder äußeren) Instanz in der Diktatur nicht gefragt wird. Der Unterschied zwischen Diktatur und Führerschaft kommt organisatorisch zum Ausdruck in der Forderung der öffentlichen Kritik der Regierungsmaßnahmen. Es wäre jedoch widersinnig, die Macht der mit aller menschenmöglichen Vorsicht ausgewählten regierenden Funktionäre noch durch eine andere Macht einschränken zu wollen; denn dann erhöbe sich das Problem der Sicherung gegen Irrtum und Mißbrauch bei der einschränkenden Macht von neuem.

Wir betrachten es im ISK als unsere Aufgabe, in unserer Partei von einer führerschaftlichen Organisation, für die wir ein Vorbild heute nicht vor Augen haben, ein konkretes Bild herauszuarbeiten.

## Senatorenwahlen in Frankreich.

**Ihre Bedeutung für Finanzsanierung, Arbeitszeitverkürzung und Abrüstung.**

Am 16. Oktober wird ein Drittel der französischen Senatoren neu gewählt. Es handelt sich dabei um die 112 Senatoren der Departements, die in alphabetischer Anordnung zwischen Haute Garonne und Oise liegen. Gegenwärtig sind 2 von ihnen Sozialisten, 49 gehören den Mittelparteien an, vor allem den Radikalen, 57 sind Reaktionäre, 4 sind parteilos (darunter Paul-Boncour). Die Senatoren werden indirekt (von den Mitgliedern der Provinz- und Gemeindeparlamente) gewählt.

Daß der Ausgang dieser Wahlen von Bedeutung für die Zukunft der französischen Politik sein wird, erhellt daraus, daß der Senat im Laufe der vergangenen fünfzig Jahre immer wieder Gesetzesvorlagen und Regierungen zu Fall gebracht hat. Es ist daher wichtig, einen Blick auf die großen Probleme der französischen Politik zu werfen, bei deren Lösung der Senat entscheidend mitwirken wird.

Im Mittelpunkt der französischen Innenpolitik steht nach wie vor die Frage der

**Finanzierung.**

Nach der glänzend gelungenen Konversion der Renten (die Staatspapiere gelten als konvertiert, die nicht innerhalb einer sehr beschränkten Frist zur Einlösung vorgelegt worden sind; die Banken, die die Sparer beraten, erhalten Prozente für die konvertierten, nicht aber für die eingelösten Renten) braucht die Regierung noch 8 Milliarden Francs zur Deckung des Defizits. Woher nehmen? Wer soll die Opfer tragen? Wie schon in diesem Sommer ist der meistumstrittene Punkt die Frage der

**Senkung der Beamtgehälter.**

Dieses Mal scheint die Regierung damit ernst machen zu wollen.

Wird sie ihre Pläne durchführen können? Wahrscheinlich nur, wenn sie eine Mehrheit weiter rechts suchen wird, als sie sie bisher im allgemeinen gehabt hat. Das heißt, sie wird die Sozialisten endgültig in die Opposition drängen und in der Radikalen Partei selber den schon bestehenden Riß zwischen rechts und links noch erweitern. Man spricht davon, daß die Regierung, um ihre Pläne durchzuführen, zur Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration übergehen wird; d. h. also, Vertreter weiter rechts stehender Parteien werden Ministersessel bekommen. Was aber, wenn sich in Herriots eigener Partei angesichts des scharfen außerparlamentarischen Drucks der Gewerkschaften, der sich schon im Sommer sehr stark fühlbar gemacht hat, und angesichts der Gefahr, durch eine unpopuläre Maßnahme Wählermassen zu verlieren, eine wirksame Opposition gegen die Kürzung der Beamtgehälter erheben sollte? Wenn die Regierung Herriot trotz dieses Protestes auf ihrem Plan bestehen bliebe, würde es ihr unmöglich sein, in der Kammer eine Mehrheit zu erhalten. Wird sie dann zurücktreten und einer Rechtsregierung Platz machen? Oder einer Linksregierung? Oder wird sie, wie Lamoureux, der Budgetbericht-

erstatter der Abgeordnetenkammer, dies kürzlich im „Bourbonnais Republicain“ vorgeschlagen hat, die

**Finanzierung auf dem Notverordnungswege**

durchführen? Darin würde sie dann dem Beispiel Poincarés folgen, der 1926 die französischen Finanzen ebenfalls mittels Notverordnungen ins Gleichgewicht gebracht hat.

Von zwei Seiten wird auf die französische Regierung ein Druck ausgeübt: Von links drücken die Gewerkschaften, die in Frankreich heute eine rasch wachsende Macht darstellen, in geringerem Maße auch die Sozialistische Partei. Sie verlangen, daß die Finanzsanierung ohne Kürzung der Beamtgehälter durchgeführt wird, da sie mit Recht in jener Kürzung den Auftakt zu einer allgemeinen Lohnabbauwelle sehen. Von rechts drücken die Unternehmer, die ein Interesse an dieser Lohnabbauwelle haben.

Allerdings ist es eine Uebertreibung, die jetzigen Finanzschwierigkeiten der Regierung mit denen des Jahres 1926 zu vergleichen, wo eine Inflation im Gange war, die binnen kurzem die französische Währung vollständig zerrüttet hatte. Man kann sich bei gewissen Vorschlägen von rechts nicht ganz des Eindrucks erwehren, als sei die Lage der französischen Staatsfinanzen gar nicht so außergewöhnlich kritisch, als wolle die Reaktion sich nur des Vorwandes einer Finanzkrise bedienen, um nach dem berühmten Vorbild ihrer englischen Kollegen eine unliebsame Regierung zum Nachgeben oder zum Rücktritt zu zwingen.

Ueber die finanziellen Maßnahmen der Regierung darf man nicht andere wichtige Fragen vergessen, die das französische Parlament in diesem Winter beschäftigen werden. Von großer Bedeutung ist die auf Betreiben des französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes von den Sozialisten eingebrachte Vorlage über die

**Einführung der 40-Stunden-Woche, bei fünf Arbeitstagen und vollem Lohnausgleich.**

Bei der Behandlung dieser Vorlage wird sich zeigen, wie es mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Schlagkraft der französischen Arbeiterschaft steht. Gerade bei der Entscheidung über eine Vorlage von so einschneidender Bedeutung kann der Senat eine große und vielleicht verhängnisvolle Rolle spielen. Wie er sich verhalten wird, hängt zum großen Teil von dem Ergebnis der Senatorenwahlen ab.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik werden die beiden französischen Kammern es in erster Linie mit dem

**neuen französischen Plan der „Sicherheit und Abrüstung“**

zu tun haben. Er wird, so sagt man, von dem Obersten Militärat, zusammen mit der Regierung, ausgearbeitet und soll den Kammern zur Bestätigung vorgelegt werden. Dieser Plan gründet sich auf eine von Paul-Boncour, dem französischen Kriegsminister, ausgeklügelte Definition der nationalen Sicherheit als des Maßes an Rüstungen, das zur nationalen Verteidigung notwendig ist. Auf dieser Basis werden zwei Pläne in bezug auf das zulässige Maß an Abrüstung ausgearbeitet. Welcher von ihnen vorgebracht wird, hängt von dem Erfolg der Abrüstungskonferenz ab. Wenn diese — was das wahrscheinlichste ist — zu keinem wesentlichen Ergebnis führen wird, so wird die französische Regierung den Kammern einen Rüstungsplan für die nächsten zehn Jahre vorlegen, der ein getreues Abbild dessen sein wird, was die französischen Generäle angesichts des deutschen und italienischen Militarismus als zur „nationalen Verteidigung“ für notwendig erachten.

In diesem Augenblick werden die parlamentarischen Kämpfe in das entscheidende Stadium eintreten: Vor allen Dingen handelt es sich dann für die Radikalen und die Sozialisten darum, Farbe zu bekennen. Beide sind für die fortschreitende Abrüstung, beide warnen aber, angesichts der militaristischen Nachbarn Frankreichs, die Mittel zur nationalen Verteidigung vorzeitig aus der Hand zu geben. Sie werden sich für das eine oder das andere entscheiden müssen. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, steht keineswegs im voraus fest, besonders wenn sich die Lage in Deutschland weiter zuspitzt.

Um die hier genannten Fragen: die Finanzsanierung, die Arbeitszeitverkürzung und das Rüstungsprogramm werden sich die Klassenkämpfe in Frankreich in der kommenden Periode abspielen. Sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch sind Ueberraschungen und große Veränderungen nicht ausgeschlossen.

Gerhard Kummleben (Paris).

Die Beschlüsse von Ottawa sind nunmehr in den meisten Dominions in Kraft gesetzt worden. Die Gültigkeit wird jedoch von der Ratifizierung durch die einzelnen Parlamente abhängig gemacht.

## Vom grünen Tisch in Genf.

**Herabsetzung der Gehälter — aber keine Ersparnisse!**

Der Ausschuß für die Reform der politischen Leitung des Völkerbundsekretariats hat eine Herabsetzung der Gehälter der Generalsekretäre beschlossen. Einschließlich der Aufwandskosten erhalten in Zukunft

der Generalsekretär des Völkerbundes: 140 000 Goldfranken (bisher 165 000 Franken) (1 Schweizer Goldfranken = 80 Pfennige);

die stellvertretenden Generalsekretäre je 85 000 Goldfranken (bisher 100 000);

die Untergeneralsekretäre je 75 000 Goldfranken (bisher 87 000).

Diese Herabsetzung der Gehälter ist nicht vorgenommen worden, um die Ausgaben des Völkerbundes zu verringern, sondern um die Beschäftigung von zwei stellvertretenden Generalsekretären zu ermöglichen, während es bisher nur einen gab.

Man ist jetzt zu einer Einigung über die Verteilung der Posten gekommen. Künftig wird es neben dem Generalsekretär zwei stellvertretende und drei Untergeneralsekretäre geben.

Einer der Untergeneralsekretäre soll ein Deutscher sein. Die deutsche Regierung fürchtet, daß ihr Einfluß im Völkerbund zu klein sein wird. Es wird damit gerechnet, daß die deutsche Regierung, falls ihre Interessen nicht in größerem Maße befriedigt werden, gegen den vorgeschlagenen Kandidaten (einen Franzosen!) stimmt und damit die Wahl des Generalsekretärs verhindert.

**Die Kolonisierungstätigkeit des Völkerbundes.**

Der Finanzausschuß forderte die Garantestaaten des österreichischen Protokolls in einer öffentlichen Sitzung des

Völkerbundesrates auf, die in Lausanne beschlossenen internationalen Hilfsmaßnahmen nun auch wirklich durchzuführen, und zwar recht bald; denn mit der Devisenlage Oesterreichs sei es schlecht bestellt.

Der Vertreter Frankreichs bemerkte daraufhin, daß man doch schon daran sehen könnte, wie eilig Frankreich es mit der Durchführung dieser Hilfe habe, daß das österreichische Protokoll vom 15. Juli der Kammer bereits zur Ratifizierung vorgelegt worden sei.

Der Finanzausschuß berichtete sodann über die finanzielle Lage anderer osteuropäischer Staaten. Der besondere Nachdruck, der dabei auf die schwierige Lage Bulgariens und auf die Notwendigkeit einer radikalen Umgestaltung seiner gesamten Finanzverwaltung gelegt wurde, läßt vermuten, daß der Völkerbund nunmehr daran gehen wird, auch Bulgarien zu seiner Kolonie zu machen.

**Der deutsch-polnische Minderheiten-Konflikt.**

Der Ausschuß, der über die deutsche Klage gegen die Enteignung deutscher Großgrundbesitzer in Polen zu entscheiden hat, wird erst auf der für den 14. November angesetzten Ratsagung Bericht erstatten. Die deutsche Delegation ist mit dem Aufschub einverstanden, um zu vermeiden, daß der Ausschuß zu vorzeitigen Schlüssen kommt. Sie hat bereits erklärt, daß sie möglicherweise das Urteil des Haager Schiedsgerichtshofes anrufen würde, wenn der Bericht des Ausschusses nicht den deutschen Interessen entspräche.

Das Büro der Abrüstungskonferenz beschloß am Donnerstag, das Vollbüro, in dem 18 Staaten vertreten sind, für den 3. November, und den Hauptausschuß, in dem sämtliche Mächte vertreten sind, für den 21. November einzuberufen.



# Der Rechtsstreit in Leipzig.

## Um die Machtfülle des Reichspräsidenten.

Im Anschluß an die Erörterungen, über die wir bereits laufend berichtet haben, nahm dann zunächst das Wort:

**Professor Nawiasky:** Es ist bedauerlich, daß dieser Rechtsstreit in solchem Ausmaß überhaupt notwendig ist, aber er ist nicht zu vermeiden gewesen, weil die Reichsregierung die nationale Grundlage des Reiches, nämlich die bundesstaatliche Natur des Reiches, verkannt hat.

Das Reich steht da und verteidigt eine genommene Machtstellung, die es legalisieren will. Wir aber wollen bebrohtes Recht erhalten,

die Preußenvertreter wollen genommene Recht wiedergewinnen. Die Schöpfer der Reichsverfassung wollten ganz gewiß die Wiederkehr der Gefahren des persönlichen Regiments vermeiden. Deshalb ist der Artikel 48 auch nur für den alleräußersten Fall geschaffen worden. Der Gedanke, die Präsidialgewalt auszugestalten, ist kein Gesetz für die Gegenwart. Nach dem Vorgehen der Reichsregierung vom 20. Juli sind 60 Prozent der Länder nicht mehr vorhanden. Der Rest allein genießt noch das Gnadenerbrot des Föderalismus. Man sagt, der Reichspräsident werde als unabhängige Instanz gebraucht, aber wo besteht die Gewähr dafür, daß der Reichspräsident kein Parteimann ist?

**Kann nicht einmal ein sogenannter marxistischer Präsident kommen?**

In diesem Rechtsstreit muß ein klarer Grundsatz über die Fülle der Macht des Reichspräsidenten aufgestellt werden. Zu dem Tatsächlichen ein paar Worte: In den Tennishallen sagte Severing: „Jagt die Reichsregierung davon!“ Natürlich meinte er mit dem Stimmzettel. Das ist doch keine Achtungsverletzung, das ist eine vielleicht nicht ganz so feine Form wie die Achtungsverletzung in der Art der Vorladung und Absetzung der preußischen Minister durch den Reichskommissar. Zwischen der Geschäftsregierung und dem Kommissar bestehen grundlegende Unterschiede. Die Landesgeschäftsregierungen sind materiell aus dem Land hervorgegangen. Sie beruhen auf dem Landeswillen. Die kommissarische Regierung beruht auf fremdem Willen, auf dem des Reichspräsidenten.

Geschäftsregierungen können keinesfalls mit dem Kommissariat verglichen werden. Es ist der Versuch gemacht worden, Länderstellen im Reichsrat durch Kommissare zu besetzen, und das ist verfassungswidrig.

**Professor Heller** ersuchte die Vertreter der Reichsregierung, nochmals eine Darstellung der Gründe für die Amtsenthebung der klagenden Minister zu geben. Die Amtsenthebung sei ausschließlich deshalb erfolgt, weil dem Reichskanzler die parteipolitischen Gesichter dieser Minister nicht gefaßt hätten, weil ihre sozialdemokratische Überzeugung ihm unbehaglich gewesen sei.

Deutschnationalen Ministern in Preußen wäre bei subjektiv gleichem Verschulden so etwas nicht geschehen.

Die ganze Aktion habe parteipolitische Zwecke gehabt. Die SPD aus Regierung und Verwaltung herauszusetzen und anders einzusetzen.

Der Vorsitzende warf ein, daß diese Frage von den Vertretern der Reichsregierung erschöpfend beantwortet worden sei und ob Professor Heller das nicht gehört habe. Er, der Präsident, schätze Temperament; es gehe aber nicht an, daß in Verbindung mit einer der Zuhörerschaft vielleicht erwünschten Steigerung des Tones der Regierung verfassungswidrige Absichten, Anmaßung u. s. w. vorgeworfen würden.

## Was geschieht mit haarsträubenden Anträgen?

Dr. Brecht beantwortet die vom Präsidenten zu Beginn der Donnerstag-Sitzung gestellte Frage dahin, daß eine Landesregierung im Sinne einer mit der Reichsverfassung in Einklang stehenden Landesverfassung niemals abgesetzt werden könne. Die Frage, ob haarsträubende Anträge eines Landesvertreters im Reichsrat die Reichsregierung berechtigen, diesen Reichsratsvertreter abzulehnen, verneinte Dr. Brecht. Es sei dem Reichsrat in solchen Fällen nur möglich, solche

Anträge entweder anzunehmen oder mit gestäubten Haaren abzulehnen.

Während der Exekution sei Braunschweigs Stuhl im Reichsrat nie leer geblieben.

Man könne sich unmöglich vorstellen, daß das Reich durch weitere Absetzung von Ministern in anderen Ländern unter ähnlichen Vorwänden sich etwa eine Zweidrittelmehrheit im Reichsrat zur Durchsetzung der Reichsreform habe schaffen wollen.

Der Reichstag habe die Aufhebung der Verordnung verlangen wollen. Der Reichskanzler habe die Absicht gehabt — er habe das selbst zugegeben — den Reichstag vor der Abstimmung aufzulösen. Es sei verfassungsmäßig unzulässig, eine solche Absicht in der geschehenen Weise verhindern zu wollen. Es sei fraglich, ob die Verordnung unter solchen Umständen noch mit der Verfassung im Einklang stehe. Darüber habe sich der Staatsgerichtshof zweifellos auch zu äußern.

Professor Giese bespricht dann die beamtenrechtlichen Wirkungen einer Exekution vom Standpunkt des geltenden Rechts aus.

## Ladung-Papens und Schleichers?

### Kaiserwort und Kanzlerwort!

Dr. Bumke gibt dann bekannt, daß sich der Staatsgerichtshof die Entscheidung über den preußischen Antrag: Beweis darüber zu erheben, daß die Absetzung der preußischen Minister unter dem Druck der NSDAP geschehen sei, noch vorbehalten habe.

Er möchte jedoch von den Vertretern der Reichsregierung noch erläutert haben, ob ihre Erklärung so zu verstehen sei, daß sie sowohl etwaige Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, unmittelbar oder auch mittelbar umfaßten, und ob die Erklärungen auch dafür Geltung hätten, daß solche Vereinbarungen von Seiten des Reichskanzlers auch nicht vor Uebernahme des Reichskanzleramtes stattgefunden hätten. An einem Kaiserwort solle nicht gedreht und gedeutet werden; das gleiche möge man auch für ein Reichskanzlerwort gelten lassen. Es müsse deshalb sehr eindeutig sein. Er forderte dann, daß die Beweisanträge von preußischer Seite noch konkreter gestellt würden. Der Staatsgerichtshof habe an sich Bedenken, Schleicher und Pape zu laden. Er müsse sich aber bei einigermaßen klarer Antragstellung vorbehalten, auf die Anträge auf Ladung Hitlers, Plancks und Gleichens zurückzukommen.

Nach einigen nicht sehr belangvollen Äußerungen Dr. Gottheiners, Professor Bilfingers und Professor Peters stellte dann

Dr. Bumke an die Reichsregierung die Frage, ob damit gerechnet werden könne, daß das Reichskommissariat in Preußen in absehbarer Zeit sein Ende nehmen werde und ob insbesondere Näheres darüber gesagt werden könne, welche Voraussetzungen im preußischen Landtag eintreten müßten, ehe man sich zur Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli entschließen könne.

## Wer hat die Ruhe und Sicherheit gestört?

Dr. Bumke legte nun mehrere Fragen vor, von denen zunächst erörtert wurde: „Ist das Reich schuld an den Zuständen, die zu den Maßnahmen vom 20. Juli geführt haben, oder ist vielleicht das Vorgehen etwa der Gesichtspunkt der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung überhaupt nicht maßgeblich gewesen? Zur Frage der eigentlichen

## Bürgersteuer-Komödie.

### Mitwirkende:

#### Magistrat, Stadtverordnete, Oberpräsident.

t. Der Berliner Magistrat hat, wie wir berichteten, die Bürgersteuer auf 500 Prozent des Landessatzes festgesetzt. Ein Lediger müßte demnach im Jahr 30 Mark Bürgersteuer zahlen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat nun am Donnerstag die Erhöhung der Bürgersteuer abgelehnt.

Jetzt folgt aller Voraussicht nach bald der nächste Akt dieser Komödie: Der Oberpräsident wird als Aufsichtsbehörde die Berliner Bürgersteuer festsetzen.

Reich und Staat überlassen es den Gemeinden, den Hauptteil der Wohlfahrtslasten zu tragen. In der Frage der Mittel-

Schuld: Steht Preußen auf dem Standpunkt, daß, wenn dem Reich die Schuld an der Gefährdung von Ordnung und Sicherheit zuzumessen ist, dem Reichspräsidenten die Berechtigung, nach Artikel 48, Absatz 2, einzuschreiten, abgesprochen werden müßte?

Dr. Brecht: Wir müssen fragen, warum ist denn nur in Preußen eingeschritten worden und nicht auch in den anderen kleinen Ländern, die in preußischen Gebieten zerstreut eingeschlossen liegen?

Professor Schmitt: Wenn einer Regierung 200 000 Schutzpolizisten, ein ungeheurer Beamtenapparat und dazu noch die Eiserne Front zur Verfügung stehen, dann hat der Reichspräsident doch andere Ursachen, sich mit dieser Regierung im Falle der Widersetzlichkeit zu befassen, als wenn in Oldenburg etwas vorgeht. Die Frage, die zu entscheiden ist, lautet: Wie groß ist die Gefahr?

Dr. Gottheiner: Es wird behauptet, das Reich habe die Zustände, die zu den Maßnahmen vom 20. Juli geführt haben, selbst verschuldet. Die Zustände, die bereits seit geraumer Zeit in Deutschland herrschten, waren verursacht durch die völlig einseitige Behandlung einer großen nationalen Bewegung. Als Ventil hat die Reichsregierung die Aufhebung der Verbote angesehen.

Darauf gab Dr. Gottheiner ein Telegramm des Freiherrn von Gayl bekannt, in dem es heißt: die Darlegungen Severings bestätigten voll die wesentlichen Punkte der früheren Angaben des Reichsinnenministers. Auch Severing habe sich die Notwendigkeit, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit die Machtmittel des Reiches und Preußens in einer Hand zusammenzufassen, „vorstellen können“. (Uns scheint Herr von Gayl hier richtig zu argumentieren! Die Red.)

Professor Haller: Wo sei denn in Preußen die kommunistische Gefahr gewesen? Sei diese Gefahr größer gewesen als die, die von der Herrschaft eines kleinen politischen Klubs drohe? An dem einseitigen Vorgehen gegen die Nationalsozialisten sei der Reichspräsident schuld.

Dr. Brecht wies den Vorwurf zurück, daß Preußen gegenüber dem Reich eine drohende Haltung eingenommen habe.

Geheimrat Anschütz: Der Absatz 2 (Artikel 48) setze erhebliche Störungen der Sicherheit und Ordnung im Reiche voraus, und zwar gleichgültig, ob die Gefahr von einem großen Teil, wie Preußen, drohe. Reichskommissaren könne die vollziehende Gewalt gegebenenfalls auch restlos übertragen werden. Nicht eingegriffen werden könne in die Zusammensetzung des Landtags, der Regierung und in das Verhältnis zwischen Landtag und Regierung.

Die Vertreter Bayerns und Badens schlossen sich im wesentlichen den Ausführungen Anschütz' an.

## Das Kanzlerwort, an dem man nicht deuteln soll.

Dr. Gottheiner gab hierauf folgende Erklärung ab: Der Herr Reichskanzler hat mich telegraphisch beauftragt, auf die von dem Herrn Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes heute an mich als Vertreter der Reichsregierung gerichteten Fragen zu erklären:

„Verhandlungen oder Vereinbarungen der in der Erklärung des Vertreters der Reichsregierung vom 11. Oktober 1932 bezeichneten Art sind weder von mir persönlich noch in meinem Auftrage durch Mittelspersonen erfolgt, und zwar auch nicht vor meinem Amtsantritt als Reichskanzler.“

beschaffung wird den Gemeinden wenig Freiheit gelassen. So wird die Bürgersteuererhöhung zur Notwendigkeit, wenn der Haushalt in Ordnung gehalten werden soll. Diese Steuer ist mit Recht nicht beliebt. Das Berliner Stadtparlament hat sie daher gegen eine Stimme abgelehnt (gegen die Stimme des Staatsparteilers Dr. Eyck, der wohl durch Annahme der Bürgersteuervorlage den Schein der Selbstverwaltung aufrecht erhalten wollte). Nun bleibt dem Staat, der — nur auf Ausgleich seines eigenen Haushalts bedacht — seit Jahren Mindereinnahmen und Mehrausgaben auf die Gemeinden abwälzt, die Aufgabe, den Kreis der Komödie zu schließen und schließlich doch seinerseits die Beschaffung der Mittel zu verordnen: —

der „Selbstverwaltung“ bleibt dann nur übrig, die verordnete Bürgersteuer einzukassieren.

**BRUNO GLUCHOWSKI**  
**HOHLEN-KULIS**  
 REVOLTE AN DER RUHR (3)  
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG S. M. B. H., BERLIN W 15

Die Luft ist in der Strecke viel wärmer als im Querschlag, treibt den Schweiß aus allen Poren. Der Rücken beginnt Günther zu schmerzen, bei seiner Größe fällt ihm das gebückte Gehen auf die Dauer schwer.

Ab und zu macht sein Kopf etwas unsanft mit einer Kappe Bekanntschaft, dann bückt er sich jedesmal noch tiefer. Wie jede Qual, so hat auch diese ein Ende. Die Strecke wird breiter und höher, die Luft kühler. Um eine Biegung herum geht es in einen Querschlag hinein und dann einen Bromsberg hinauf. Das ist eine langsam ansteigende Strecke, die zur Kohlenförderung von den höher gelegenen Oertern dient. An ihrem Ende steht der Bromsaspel, eine mit Preßluft betriebene Maschine, auf deren Eisentrommel ein Drahtseil läuft, an dem die vollen Wagen den Berg hinuntergelassen und die leeren heraufgezogen werden. Der Bremser, ein noch junger Schlepper, schmiert den Haspel, ein anderer rangiert die Wagen.

Nach Westen hinein gehen Winkler und Gerling in eine zweigleisige Strecke. Auf eine Gezähkiste sitzt ein alter Reparaturmaler, blickt den Näherkommenden entgegen.

„Glück auf, Andrees.“  
„Glück auf, Schießmann. Na, was bringt?“

„Einen Kumpel hab ich dir mitgebracht, Andrees, der soll heute bei dir bleiben. Paß aber gut auf, er macht die erste Schicht im Loch. Gerling heißt er, Günther.“

„Werd schon aufpassen“, brummt der alte Kovacik. Der Schießmeister geht zurück.

„Zieh dir aus und tu buttern“, sagt Andrees nun zu Günther.“

Der zieht die Jacke aus, hängt sie an einen Nagel im Stempel, setzt sich auf die Kiste, bindet sein Halstuch ab und wischt sich damit den Schweiß vom Gesicht. Verdammte, ist das hier unten warm. Man merkt nicht, daß es oben, über Tage, kalter Herbst ist. Er nimmt einen tüchtigen Schluck aus der Kaffeepulle, ist die Hälfte seiner Butterbrote.

Andreas Kovacik ist schon den Sechzig nahe. Seit seinem vierzehnten Lebensjahr in der Grube, hat die Bergarbeit seinen Rücken gekrümmt und ihm das Aussehen eines Buckligen gegeben. Seine kurzen Beine stecken in Schaftstiefeln, ein zerknüllter Hut und eine alte Hose bilden seine übrige Arbeitskleidung. Von Gestalt ist er klein, sein Körper wie ausgedrückt. Die Rippen und der Brustkasten zeichnen sich unter der Haut ab. Das magere Gesicht ist mit grauen Bartstoppeln bedeckt, über hervortretenden Backenknochen strafft sich die lederfarbige Haut. Kleine Augen blicken listig aus tiefen Höhlen, werden von grauen, dichten Brauen überschattet.

Nachdem Günther sein Buttern beendet hat, schließt der Alte die Gezähkiste auf, entnimmt ihr Beil, Säge, Hacke, Schippe und dicken Hammer. Die Kiste wieder schließend, sieht er zu Günther auf, neben dessen großer Gestalt er wie ein Zwerg, ein Gnom der Unterwelt erscheint, spricht in seinem gebrochenen Deutsch:

„Na, werden wir uns schon vertragen. Wirst gute Kumpel haben an alte Andrees.“ Aus Laibach in der Slowakei stammend, hat er in den vierzig Jahren, die er auf deutschen Zechen arbeitet, noch kein flüssiges Deutsch gelernt.

„Das denke ich auch“, antwortet Günther. „Nur wirst du etwas Geduld haben müssen mit mir, denn ich verstehe von der Grubenarbeit noch nichts.“

„Macht nix, macht nix, von alte Andrees wirst noch viel lernen.“

Er belädt sich mit Säge, Beil und Hacke, geht nach Ort zu. Günther folgt ihm mit Schippe und dickem Hammer. Sie kommen an einer Stöbe vorbei, in der die Kohle abgebaut wird. Das Flöz, ungefähr ein Meter dick, liegt flach. Mehrere Hauer brechen die Köhlo mit der Hacke los, andere schippen sie in die Schüttelrutsche, lange, schmale Eisenblechmulden, die

von einem Preßluftmotor ein Stück heraufgezogen und dann wieder heruntergestoßen werden. Durch diese schüttelnde Bewegung rutschen die Kohlen nach unten in einen Eisenkasten, aus dem sie in leere Wagen gefüllt werden.

Ungefähr 20 Meter hinter der Stöbe legt Andrees sein Gezäh an den Stoß, heißt Günther dasselbe tun. Die Strecke ist hier in denkbar schlechtestem Zustand. Mehrere Stempel und Kappen notdürftig gesichert. Furchtbar muß der Gebirgsdruck gewesen sein, der diese dicken Stämme wie Streichhölzchen geknickt hat.

„So, jetzt noch Priemenken auf Backe und denn geht's dran“, sagt Andrees, sich ein Stück Kautabak abschnieidend und es hinter die Zähne schiebend. Er bietet auch Günther von seinem Tabak an, der aber lehnt dankend ab, da er sich keinen besonderen Genuß davon verspricht.

„Junge, priemen mußt“, sagt Andrees tadelnd, „sonst wirst kein richtiger Bergmann“. Is dir ja sonst Hals zu trocken, kriegst zuviel Durst.“

Daraufhin versucht Günther ein kleines Stück, spuckt es aber sofort wieder aus. Pful Teufel, schmeckt das Zeug abscheulich. Andrees lacht über die Grimassen, die er dabei schneidet, klopft ihm freundschaftlich auf die Schulter.

„Wirst noch dran gewöhnt werden. Nachher kannst ohne Priemenken nich mehr arbeiten. Wilst noch kleinen?“

Günther wehrt ab, der Alte steckt seine Kautabakdose ein.

Von einem weiter zurückliegenden Holzstapel holen sie zwei Achtfüßer, tragen sie zur Arbeitsstelle. Im Bergbau wird immer noch nach dem alten Längenmaß Fuß = 31 Zentimeter gemessen. Andrees spitzt mit der Hacke ein Loch in das Liegende, stellt den Stempel mit seinem angeschärften Ende da hinein. Günther nimmt den schweren Hammer, treibt den Stempel mit einigen kräftigen Schlägen unter die Kappe. Dann ladet er die Steine, die Andrees hinter dem Spitzenverzug losmacht, in einen Wagen. Der gebrochene Stempel wird zerschnitten und durch einen neuen ersetzt. Die beiden Kumpels sind dabei in Schweiß geraten, ruhen einen Augenblick aus. Dann geht es an den zweiten Stempel. Auch hier wieder dieselben Vorarbeiten wie beim ersten.

(Fortsetzung folgt.)

# Fortgesetzt Arbeitskämpfe und Erfolge.

Der Abwehrkampf der Arbeiter der Steingutfabrik Villeroy & Boch in Torgau ist mit einem vollen Erfolg beendet worden, obwohl es mit der sozialistischen Einheitsfront in diesem Kampf nicht glänzend stand. Die Direktion hat auf die Durchführung der Papen-Verordnung verzichtet, es wird unverkürzt und zum alten Lohn weitergearbeitet.

Einen Erfolg erzielte ebenfalls die Belegschaft der dem Grafen Arnim gehörende Jemnitzer Glasfabrik (in der Lausitz). Als Lohnkürzung angedroht wurde, beschloß die Belegschaft den Streik. Die Drohung hatte den Erfolg, daß die Lohnkürzung nicht durchgeführt wurde.

Der Streik bei der Papierfabrik Müller & Söhne, Neumünster, ist beendet worden, ohne daß die Belegschaft den Lohnraub ganz abwehren konnte. Als am 7. Oktober die Firma einen achtprozentigen Lohnabzug verfügte, trat die Belegschaft sofort in den Streik. Die Firma stellte Antrag auf Verhandlungen beim Schlichter, dessen Schiedsspruch einen Lohnabbau von 6 Prozent vorsieht. Auf Grund dieser Entscheidung ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Bei der Steingutfabrik Villeroy & Boch, Hamburg, ist die 900 Mann starke Belegschaft geschlossen in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen den von der Betriebsleitung auf Grund der Notverordnung verfügten Lohnabbau. Glaubte die Betriebsleitung zunächst, den Lohnabbau ohne jeden Widerstand durchführen zu können, so hat sie diese Ansicht schnell revidieren müssen und mit dem Fabrik-

arbeiterverband schleunigst Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts vereinbart. Die Verhandlungen sind augenblicklich im Gange.

Auch die Belegschaft der Stuhlrohrfabrik Rümcker & Ude, Bergedorf, ist in den Streik getreten. Schon seit Jahren wird hier verkürzt gearbeitet, so daß der Lohn sehr niedrig ist. Nun sollte er noch weiter abgebaut werden.

330 Arbeiter der Berliner Hafen- und Lagerhaus-AG streiken seit Mittwoch früh. Streikziel: Verlängerung des Sondertarifs für die vor dem 1. November 1928 bereits bei der Behela beschäftigten Hafenarbeiter. Der Schlichtungsausschuß ist angerufen worden.

In den Betrieb Stoffers & Nölle (Eisenkonstruktion) in Tempelhof marschierte am Donnerstag ein Trupp uniformierter nationalsozialistischer Streikbrecher.

In Schwelm streiken 425 Mann (gesamte Belegschaft) beim Eisenwerk Müller & Co., AG. Der Streik wurde in einer Belegschaftsversammlung beschlossen, weil die Werkleitung eine Lohnherabsetzung beabsichtigte.

# Der belgische Gewerkschaftskongreß.

(IGB) Am 25. und 26. September fand in Brüssel der 28. Kongreß des Belgischen Gewerkschaftsbundes statt. Aus dem der Tagung unterbreiteten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Mitgliederzahlen in Belgien dauernd steigen (1928: 518 658; 1929: 528 380; 1930: 537 379; 1931: 559 910; 1932: 585 000). Die belgische Gewerkschaftsbewegung gibt 25 Zeitungen für das ganze Land und 25 Blätter für die Provinzen heraus. Die Gesamteinnahmen der Landeszentrale angehörenden Organisationen während der Berichtsperiode (2 Jahre) beziffern sich auf 43 Mill. Mark, die Ausgaben auf 40 Mill. Mark. Am 31. Dezember belief sich das Barvermögen aller Gewerkschaften auf 16,7 Mill. Mark. Im Jahre 1931 verausgabten die belgischen Organisationen 8,7 Mill. Mark für Arbeitslosenunterstützung. (Dazu kamen für den gleichen Zweck 26 Mill. Mark als Zuschüsse der Behörden.) Für Streiks und Lohnbewegungen wurden (die kürzlichen großen Streiks nicht inbegriffen) insgesamt 1,35 Mill. Mark ausgegeben.

In seiner einleitenden Rede zum Geschäftsbericht setzte sich der Generalsekretär C. Mortens insbesondere für eine energischere Aktion zugunsten der 40-Stunden-Woche ein: „Wenn die Arbeiter jedes einzelnen Landes nicht mit größerer Entschlossenheit vorgehen, so wird die 40-Stunden-Woche international nie Wirklichkeit werden“. Im Laufe der Debatten hoch auch Delatre (Sekretär der Bergarbeiter und der Bergarbeiter-Internationale) hervor, daß sich die Arbeiter bei der Verwirklichung der 40-Stunden-Woche hauptsächlich auf ihre eigenen Kräfte verlassen müssen. Im Zusammenhang mit der Besprechung des Geschäftsberichtes fand eine kurze Diskussion über ovl. Änderungen im Aufbau des Gewerkschaftsbundes statt. Es soll sich dabei vor allem um eine straffere Zentralisierung und die Stärkung der Autorität der Landeszentralen handeln. Als Vorbereitung für einen zu diesem Zwecke vorgeschienen außerordentlichen Kongreß soll in dieser Frage eine spezielle Untersuchung durchgeführt werden.

Nach eingehender Behandlung der Probleme der jeden Tag schärfer werdenden Krise gelangte eine Resolution zur Annahme, in der erklärt wird, daß durch die allgemeine Schutz-zollpolitik, die auch in Belgien beunruhigende Formen annehme, nur Einzelinteressen auf Kosten der Gesamtheit geschützt werden. Der Kongreß sprach sich energisch für die

Der erste Streik im freiwilligen Arbeitsdienst ist vor einigen Tagen in Aachen ausgebrochen, weil für das bisher kostenlose und mäßige Essen Geld gefordert wurde. Die etwa 500 streikenden Jungarbeiter sind entlassen worden.

In den Berliner Speichereibetrieben wurden Verhandlungen, in denen die Unternehmer eine Reihe Tarifverschlechterungen gefordert hatten, ergebnislos abgebrochen. Der Schlichtungsausschuß soll am 17. Oktober sprechen.

## 1200 Bergleute verhaftet.

In Taylorville, wo schon seit langer Zeit ein Streik der Bergleute im Gange ist, den die amerikanische Polizei mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterdrücken sucht, wurden bei einer Gedenkfeier anlässlich des Verdener Arbeitermassakers von 1898 1200 streikende Grubenarbeiter von Miliztruppen verhaftet. Die Mehrzahl der Verhafteten wurde abends gegen das Versprechen, die Ortschaft freiwillig zu verlassen, wieder freigesetzt. Spätere Straßenumzüge von Demonstranten, die von den Märtyrergräbern zurückkehrten, zerstreute die Polizei mit Tränengasen und Waffengebrauch. Hierbei erlitten zahlreiche Personen Verletzungen.

## Beamtenabbau in Oesterreich.

Die österreichische Regierung hat am Donnerstag die Einzelheiten des geplanten Beamtenabbaus festgelegt. Danach sollen bis zum Ende dieses Jahres von den diensttunenden Beamten der Hoheitsverwaltung 5 Prozent, vom übrigen Beamtenkörper 7,3 Prozent abgebaut werden.

## Französische Gewerkschaften gegen Kürzung der Beamtgehälter.

Der französische freigewerkschaftliche Beamtenbund erklärt in einem Rundschreiben, daß er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Durchführung der von der Regierung geplanten Kürzung der Beamtgehälter kämpfen werde. Der Vollzugsausschuß des Verbandes hat deshalb beschlossen, zur Finanzierung des Kampfes einen besonderen Fonds zu schaffen.

## Die Kleinen und die Großen vor den Gerichten.

### Unterstützung gekürzt, dann doppelt verurteilt.

Am 15. Juli war das erwerbslose Ehepaar K. mit seinen 3 kleinen Kindern auf dem Berliner Wohlfahrtsamt Friedrichshain vorstellig geworden, weil man ihnen tags zuvor ihre ohnehin schon unzureichende Unterstützung um 14 Mark gekürzt hatte. Der zuständige Dezernent soll die beiden Angeklagten damals in so grober Weise aus seinem Dienstzimmer verwiesen haben, daß sich 8—10 auf dem Korridor wartende Erwerbslose mit ihnen solidarisierten. Es entstand begriffliche Aufregung; ein Ueberfallkommando erschien und gab „zur Beruhigung“ mehrere Schreckschüsse ab.

Dem Ehepaar wurde der Prozeß gemacht, und sie erhielten wegen Hausfriedensbruchs in Tateinheit mit Drohung und Nötigung

je 1 Monat Gefängnis. Wenn die Angeklagten damals glaubten, die Sache wäre durch die Annahme dieser Strafe erledigt, so war der Staatsanwalt, der damals je 5 Monate Gefängnis beantragt hatte, gegenteiliger Meinung. Er erhob nämlich aufs Neue Anklage, diesmal mit der Begründung des

### Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Aufruhrs.

In der neuen Verhandlung sprach das Gericht jetzt den Ehemann auf Kosten der Staatskasse frei. Seine Ehefrau aber, die sich damals nicht gutwillig aus dem Wohlfahrtsamt entfernen ließ, sondern sich gegen die gummiknüppelschwingende Polizei zur Wehr gesetzt hatte, erhielt nochmals einen Monat Gefängnis. — Pit.

### Wer Geld hat, wird aus der Haft entlassen.

Karl Lahusen, früher Generaldirektor der „Nordwolle“, ist aus der im Juli vorigen Jahres angeordneten Untersuchungshaft entlassen worden gegen Bürgschaften von mehr als einer Million Mark. Der Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg, der diesen Beschluß gefaßt hat, hält Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr nicht mehr für gegeben!

Die Absicht, den immer wieder hinausgeschobenen Prozeß Ende Oktober beginnen zu lassen, ist wieder fallengelassen, um Lahusen die Möglichkeit zu geben, sich vor Prozeßbeginn von den „Strapazen“ der Haft durch einen längeren Urlaub zu erholen.

In Artikel 109 der Reichsverfassung heißt es: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“

Welchem angeklagten Arbeiter ist bisher die Möglichkeit gegeben, sich vor Prozeßbeginn von den Anstrengungen der Untersuchungshaft — in der übrigens Lahusen alle möglichen Vergünstigungen hatte — zu erholen?

## Also doch kein Bolschewist!

Vor einigen Tagen meldeten wir, daß der Direktor der bulgarischen Getreideausfuhrdirektion, Dimitroff, ermordet worden sei, und daß die bulgarische Polizei diesen Mord so gleich der GPU in die Schuhe schlieben wollte.

Der Leipziger Kriminalpolizei ist es nun gelungen, den Täter zu verhaften. Er hat Dimitroff ermordet, um „die Ehre seiner Frau zu rächen“.

## Schwere Kerkerstrafen für polnische Kommunisten.

Von dem Militärgericht in Wilna wurden 26 Soldaten wegen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und kommunistischer Werbetätigkeit zu insgesamt 134 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die beiden Hauptangeklagten erhielten Strafen von je neun Jahren.

Ein polnischer Bauer wurde wegen Spionage zum Tode verurteilt.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: 77 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlags-GmbH., Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.

**Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten**

**Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahmepreisen**

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

**FRISCHKOST-REFORMHAUS**  
Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104

**Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords**

günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei

**Kurt Levy,**  
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

**Warum werfen Sie Ihr Geld weg**

für minderwertige Konfektionskleidung? Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.

**Rudolf Schönheit**

Herren- und Damen-Maßschneider  
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

BERLIN

**KAMERA**

**DIE** Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987  
14. Oktober: Elisabeth Bergner in **Der Geiger von Florenz**  
15. Oktober: René Clair:  
**Es lebe die Freiheit**  
Dazu das gute Belprogramm.

Anfangszeiten: 17. 19 und 21 Uhr

Freunde und Leser des „Funken“! Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



**POLITISCH WIRD DER MENSCH GESCHEITER DURCH BÜCHER MIT DEM FACKELREITER**

Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog kostenlos schicken vom

**FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15**

Soeben erschien in neuer Ausstattung:

**Philosophen für und wider die Revolution.**

Von **HELLMUTH FALKENFELD.**  
72 Seiten, 7 Kartoniert 0,60 M.

Inhalt:

- |   |                     |
|---|---------------------|
| I. Die Philosophen der französischen Revolution | VII. Stirner.       |
| II. Immanuel Kant.                              | VIII. Tolstoj.      |
| III. Johann Gottlieb Fichte.                    | IX. Nietzsche.      |
| IV. Jakob Friedrich Fries.                      | X. Popper-Lynkeus.  |
| V. Hegel.                                       | XI. Leonard Nelson. |
| VI. Marx.                                       |                     |

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.



## Die Papen-Rede im Echo aus Bayern.

Der „Regensburger Anzeiger“ rühmt die Geschicklichkeit und Verbindlichkeit der Formulierungen, die eine unzweifelhafte Stärke des jetzigen Kanzlers sei. (Man kann es auch so nennen!) Im übrigen warnt er Herrn von Papen, die organisierte Vertretung des Volkes „auszuschalten“, er solle vielmehr „um dessen Vertrauen werben“.

Die „Münchener Zeitung“ weist auf die Schwierigkeiten hin, die in der Frage der Verfassungsreform zwischen Bayern und dem Reich noch immer bestehen. Konkrete Verhandlungen darüber sollen zu Beginn der nächsten Woche stattfinden, wenn Dr. Held und Dr. Stützel mit Herrn von Gayl „durch die bayerische Ostmark reisen“ werden.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ meinen, daß die Papen'schen Pläne zur Verfassungsreform, obgleich noch unklar, so doch im wesentlichen den bisher in Bayern vertretenen Grundanschauungen entsprechen. — Die Zweifel über die Zweckmäßigkeit der Kontingentierungspolitik habe der Kanzler leider nicht zerstreut.

Der „Völkische Beobachter“ tobt sich durch die Feder seines Schriftleiters Alfred Rosenberg gegen Herrn von Papen auf dem gleichen Niveau aus, auf dem er bisher nur gegen Juden und Marxisten losschlug:

„Weil sich Hitler am 13. August als das erwachte Gewissen Deutschlands fühlte, habe er es ablehnen müssen, eine solche Durchschnittsgröße wie Herrn von Papen als Kanzler über sich anzuerkennen. Papen hätte nichts zu verlieren gehabt als ein schlechtes Renommee aus seiner Vergangenheit, Hitler hätte dagegen die Frucht eines 13jährigen Kampfes, den Glauben von 14 Millionen Deutschen aufs Spiel gesetzt.“

Die „Bayerische Staatszeitung“ warnt Herrn von Papen vor seinem Optimismus in bezug auf die Verfassungsreform. Und eine Verfassung, in der sowohl „der demokratische Gedanke“ als auch die „autoritäre Gestalt“ zu ihrem Rechte kämen, müsse, wie jedes gute Ding, Weile haben.

Die „Bayerische Volksparteikorrespondenz“ schreibt ähnlich:

„Die Regierungskunst mit dem Artikel 48 werde viel rascher erschöpft sein, als die Schaffung einer neuen Verfassung möglich sein werde. Herr von Papen werde sich also bemühen müssen, mit dem Reichstag in irgend ein verträgliches Verhältnis zu kommen, oder er werde scheitern. Das System in seiner jetzigen Form lasse sich jedenfalls nicht halten.“

## Hugenberg, der uneigennützigste Staatsapostel.

### Der angebliche und der wirkliche Volkswille.

Am Donnerstag hielt Hugenberg eine Rede, in der er sich selbstverständlich für die Regierung Papen einsetzte. Nach einem endlosen Gerede über Verantwortung und Autorität und Dualismus und Interessenpolitik, nach einer Verherrlichung der Bismarck'schen Kürassierstiefel zog er „die Parallele mit dem Jahre 1932“:

„Hinter dem Leutnant mit seinen zehn Mann, der dem marxistischen Spuk ein Ende machte, stand zwar nicht der durch die Parlamentsmehrheit angeblich vertretene Volkswille, wohl aber der wirkliche Volkswille.“

Daß Herr Hugenberg von dem angeblichen und dem wirklichen Volkswillen spricht, ist besonders reizvoll: Der Organisator der typischen Zentrale für Volkswillenvorbereitung mit seinem Provinz- und anderem Pressesumpfung muß es ja wissen, wie man den wirklichen Volkswillen zu einem angeblichen machen kann. Im übrigen erstrebt Herr Hugenberg für seine Partei einige Posten; denn: „wenn man der Regierung Papen einen Vorwurf machen kann, dann ist es höchstens (!) der, daß der Schritt gegen die marxistische Herrschaft in Preußen nicht schon früher geschah, und daß die Reinigungsaktion nicht noch gründlicher durchgeführt wurde.“

## Auch die Nazis wüten gegen „Parteibuchbeamte“!

Die Nazis hatten im preußischen Landtag eine Anfrage gestellt, warum der Landrat Dr. Krause kommissarischer Landrat des Kreises Calau geworden sei. Im besonderen fragten sie:

1. Welche Gründe liegen für die erneute parteipolitische Besetzung des Landratspostens in Calau vor?
2. Aus welchen Gründen vermeidet der Reichskommissar in Preußen die Berufung von Beamten nationalsozialistischer Richtung in Kreisen, in denen die Nationalsozial-

## Der Rundfunk bringt „launige Kritiken“.

### Weitere Reformen sind angedroht.

Fo. Der Rundfunkkommissar Scholz, der sich in Bad Warmbrunn von den Anstrengungen seiner Verwandlungskünste erholt, hat sich über seine Rundfunkreform (vielleicht nennen es „Durchholender“) geäußert: Es habe gegolten, den Rundfunk von dem überragenden Einfluß der Weimarer Koalitionsparteien zu lösen und nationalen Aufgaben zuzuführen.

Weitere Reformmaßnahmen würden schon in aller nächster Zeit erfolgen. Das Ziel sei die genaue Abgrenzung der Befugnisse der einzelnen Überwachungsorgane. Vom kulturpolitischen Funk müsse jede einseitige Parteipolitik ferngehalten werden. Er, Scholz, habe sich bisher bewußt von jeder Einwirkung auf die kulturpolitische Programmgestaltung ferngehalten. Man solle von den verantwortlichen Intendanten nicht die Hexerei verlangen, das Kulturinstrument des Rundfunks innerhalb weniger Wochen zu erneuern.

Daß in der Tat die Reform des Rundfunks zu noch immer schöneren Hoffnungen berechtigt, beweisen die Neueinführungen dieser Tage: Ab Montag wird eine Doppelpolizei eingeführt: „Wir erinnern an ...“ und „Wir stellen vor ...“ Es handelt sich dabei darum, „daß an Gestalten und Ereignissen der Vergangenheit“ erinnert wird, die durch das Geschehen der Gegenwart wieder besonders zeitgemäß geworden sind oder heute in ihrem Wesen und Wollen anders verstanden werden als von ihren Zeitgenossen. Auf der an-

## Behörden im Wahlkampf.

### Papens Wahlfeldzug. Preisend mit viel schönen Reden.

Obwohl der Reichskanzler für keine Partei kandidiert, scheint er es doch für nötig zu halten, den achtprozentigen Rückhalt seiner Regierung im deutschen Volk mit Erklärungen, Versprechungen und ähnlichen Verlautbarungen möglichst zu stärken.

Nachdem ihm am Mittwoch in München der Industriellen-Verband 2000 Beifallsfreudige hergebracht hatte, spricht Papen am nächsten Sonntag gleich zweimal: In Paderborn um 11.30 Uhr, wo man Volksgemeinschaft markiert, indem man außer dem Arbeitgeberverband, Vertretern des Handwerks, des Einzelhandels und der freien Berufe auch solche der Arbeitnehmerverbände eingeladen hat; in Dortmund um 17 Uhr auf Einladung des Zweckverbandes der Dortmunder Handelskammer.

Da das Adelskabinett aber damit rechnen muß, daß es um Menschen werben muß, denen schon all zu viel versprochen und zu wenig gehalten worden ist, gibt es dann noch Meldungen aus wie die folgende:

„Das Reichskabinett wird sich bereits am Freitag mit den geplanten Milderungen der durch die Notverordnung vom 16. Juni 1932 erfolgten Rentenkürzungen beschäftigen. Die vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Vorschläge gehen bezüglich der Arbeitslosenunterstützung dahin, für die Wintermonate einen nach dem Familienstand gestaffelten Zuschlag zu den gegenwärtigen Unterstützungssätzen zu gewähren. Weiter ist geplant, die Härten auszugleichen, die sich aus der verschiedenartigen Berechnung der Unterstützung nach Gemeindegröße und Ortsklasse ergeben. Schließlich ist die Wiedereinführung gewisser Mehrleistungen der Krankenkassen vorgesehen. — Bei der Unfallversicherung und bei den Renten der übrigen Versicherungsanstalten (Reichsversicherung für Angestellte u. s. w.) sind gleichfalls Milderungen in Aussicht genommen. Einzelheiten stehen noch nicht fest.“

Das liest sich dann so konkret, daß die enttäuschten Renten- und Unterstützungsempfänger wiederum Mut schöpfen und — so wird wahrscheinlich die Spekulation gehen — bereit sind, sich mit der Regierung der Barone auszusöhnen, wenn — ja, wenn nicht dieser Meldung wie schon so oft das Dementi unmittelbar folgte. — Vorbereitet wird es schon:

„In welchem Umfange das Reichskabinett sich die Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums zu eigen machen wird, bleibt abzuwarten. Ausschlaggebend für die Beschlüsse des Kabinetts in dieser Hinsicht werden die finanziellen Auswirkungen der Neuregelung sein.“

Vielleicht wird also gar nichts daraus; aber dann kann die Regierung wenigstens auf ihre guten Absichten hinweisen, die bis zur Ausrechnung der finanziellen Wirkungen solcher Neuordnung gegangen und nur „dem harten Muß der Tatsachen“ gewichen seien.

Wir halten es aber auch durchaus für möglich, daß diesem Hangen und Bangen in letzter Minute vor der Wahl ein vor-

stische Deutsche Arbeiterpartei den weitaus größten Teil der Bevölkerung hinter sich hat?“

Herr Braucht hat auf die alberne Anfrage sogar geantwortet, und zwar u. a. so:

„Landrat Dr. Krause ist ein gut befähigter, gewandter und eifriger Beamter, der sich in seiner bisherigen dienstlichen Laufbahn, u. a. auch im Ministerialdienst und als Landrat, auf das Beste bewährt, insbesondere verstanden hat, seine persönliche politische Ansicht dem Staatsdienste unterzuordnen. Der Umstand allein, daß der Beamte der Deutschen Staatspartei nahesteht, kann kein Grund sein, um ihn für die Verwaltung eines Landratsamtes ungeeignet erscheinen zu lassen.“

Wenn ein Staatsparteilender Landrat wird, so ist das Parteipolitik; wenn Nazis eine hohe Stimmenzahl haben, müssen ihre Parteifreunde Landrat werden. Dies ist dann nicht Parteipolitik, sondern Staatspolitik! Und das Ganze ist nationalsozialistische Unverfrorenheit!

## Die aufbauwilligen Terroristen. Die blutenden Harzburger.

In Hamburg-Harvestehude wurde am Donnerstag — wie die dortige „Stahlhelm“-Pressestelle mitteilt — eine Jungstahlhelmgruppe von SA-Leuten überfallen. Die SA soll über 20 Schüsse abgegeben haben, die fehlgingen. Jedoch wurden drei Stahlhelmer durch Messerstücke verletzt. Der Haupt-

läufig positives Ende gemacht wird; abziehen kann man ja immer wieder! Jedenfalls würden auf diese Weise manche der so „Beglückten“, die früher in ihrer Verärgerung zu Hitler gelaufen sind, diesmal zu Papen (also in der Wahl: zu Hugenberg) überlaufen.

Die wirklichen Proletarier — vor allem die Klassenbewußten — werden sich von solchen Manövern kaum täuschen lassen, auch wenn sie Vorteile davon haben. Denn diese Almosen gleichen ja längst nicht das aus, was ihnen vorerhalten worden ist. Man erkennt ihnen nicht ihr Recht zu, sondern benutzt sie und ihre Not nur als Spielball, als Mittel für die dunklen Zwecke einer Machtgruppe, die ihre Herrschaft festigen will.

## Der Wahlkampf der Polizei hat begonnen.

### Illegale Druckerei und Eierhandgranaten.

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts sind in zahlreichen Städten des ganzen Reiches seitens der politischen Polizei

Hausdurchsuchungen nach illegalen Druckschriften vorgenommen worden. In Berlin suchte man vor allem nach kommunistischen Druckschriften. Das Ergebnis ist nicht mitgeteilt worden.

Die Berliner politische Polizei hatte bereits einen Tag vorher in einem Stall in der Drontheimer Straße eine angeblich kommunistische Druckerei und Schriften mit angeblich hochverräterischem Inhalt beschlagnahmt.

Die an den Litfaß-Säulen angekündigte Belohnung von tausend Mark tut anscheinend ihre Wirkung!

Gegen den Mieter, der den Mietvertrag anscheinend unter falschem Namen und falscher Adresse geschlossen haben soll, ist ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden.

In Düsseldorf brachte eine Hausdurchsuchung vier Eierhandgranaten und 42 Sprengkapseln zutage, die in einem Kaninchenstall vergraben waren.

Ein schweres Maschinengewehr, dazu 5000 Schuß Munition, Reserveläufe und Ersatzteile, ein Artilleriegeschloß und 19 Gewehre, Modell 98, wurden in einem Hause in Hannover am Donnerstag beschlagnahmt. Der Wohnungsinhaber war nicht zu Hause. Näheres ist infolgedessen noch nicht bekannt.

### Leider nur ein Sprechfehler!

Auf „die letzten Bestimmungen“ der Reichsregierung bezieht sich die Ortspolizei von Westerland (Sylt), weil sie eine NSDAP-Versammlung, in der u. a. der berühmte Prinz Auwi sprechen sollte, verboten hat.

Welche Bestimmungen gemeint sind, ist schwer zu sagen; leider ist aber soviel sicher, daß diese Regierung vorläufig noch nicht ihre letzten Bestimmungen erlassen hat.

Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt für die Arbeiterschaft noch manches zu tun.

schütze wurde von den Stahlhelmen der Polizei übergeben, die anderen entkamen.

## SA-Leute überfallen Polizeibeamte.

Drei in Zivil gehende Polizeibeamte in Berlin-Steglitz wurden am Mittwoch von einem Trupp uniformierter SA-Leute beschimpft und tödlich angegriffen. Ein Polizeiwachmeister wurde verletzt. Acht SA-Leute wurden festgenommen.

### Drei gegen einen.

Die Kasseler sozialdemokratische Buchhandlung läßt seit einigen Tagen Reklame-Handzettel verteilen, die für den Kauf der Schrift von Klotz „Der Fall Röhm“ werben sollen.

Einer der Flugblattverteiler wurde heute hinterrücks von drei Nazis überfallen und, als er sich wehren wollte, niedergeschlagen. Ein in der Nähe stehender „Funken“-Verkäufer, der zu Hilfe springen wollte, wurde ebenfalls niedergeschlagen. Beide wurden verletzt. Die Nazis konnten in dem schnell entstehenden Menschenauflauf, der hauptsächlich aus bummelnden Nazis bestand, entkommen.

### Freiheit in Berlin.

In Berlin-Neukölln wurde eine KP-Versammlung am Donnerstag-Abend während der Rede des Stadtverordneten Lange aufgelöst.

Herr Meicher hat die vom Gesamtverband herausgegebene Zeitung „Beamten-Gewerkschaft“ bis zum 25. Oktober verboten, weil sie der Regierung Papen willkürliche Absetzung von Beamten vorgeworfen habe.

Ein Todesurteil wurde vom Weimarer Schwurgericht gegen den 21jährigen Schlosser Schwab gefällt. Er hatte im Juli ein Mädchen, das ein Kind von ihm erwartete, ermordet.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Braunschweig:** Dienstag, 18. Oktober, 20.15 Uhr, Gastwirtschaft „Niedersachsen“, Südbühl 8. Thema: Deutschland so oder so? Regierung der Barone — oder Arbeiterregierung?

**Hamburg-Barmbeck:** Sonnabend, 15. Oktober, 20.15 Uhr, Volkshaus Barmbeck, Beim alten Schützenhof 4. — Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Wir fordern Abrüstung!

**Leipzig:** Sonnabend, 15. Oktober, 20 Uhr, Volkshaus, Zeitzer Straße. — Thema: Sollen Arbeiterorganisationen Arbeitsdienstlager einrichten?

**Zwickau:** Montag, 17. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Crimmitschauer Straße). — Thema: „Sollen Arbeiterorganisationen Arbeitsdienstlager einrichten?“

Freie Aussprache! Eintritt freil

# Ein sozialistischer Sieg am Dnjepr?

Zur Ergänzung unseres Leitartikels in Nr. 241 drucken wir zunächst einige Stellen aus dem Leitartikel ab, der in der „Prawda“ zur Inbetriebsetzung von Dnjeprstroj (dem Dnjepr-Bauwerk) erschienen ist:

„Dnjeprstroj hat sich fest in das Bewußtsein der Werktätigen unseres Landes und des Auslandes eingepreßt als reine Verkörperung der Leninschen Politik der Industrialisierung. Dnjeprstroj ist das siegreiche Banner des bolschewistischen Tempos, ein gewaltiger Schritt vorwärts auf dem Wege der Durchführung des Leninschen Elektrifizierungsplanes der Sowjetunion. Dnjeprstroj ist ein großer und klarer Anzeiger der stürmischen Entfaltung der Produktivkräfte des Landes der proletarischen Diktatur. Das sozialistische Dnjepr-Kraftwerk verschickt seine blendenden Strahlen in die ganze Welt. Sie leuchten mit besonderer Kraft in der Dämmerung der ungeheuren Krise, die die ganze kapitalistische Welt erfaßt hat. Das elektrische Licht des Kapitalismus erlischt. Seine Leuchtkraft schwindet an der Schwelle der zweiten Folge der proletarischen Revolutionen und imperialistischen Kriege noch mehr. Nur in unserer sozialistischen Union besteht die Möglichkeit der Entwicklung der Produktivkräfte in mächtigem Tempo. Nur hier kann die Grundlage zur Hebung des Wohlstandes der Werktätigen geschaffen und gefestigt werden. . . . Es werden Jahrzehnte vergehen, und die Kunde vom Kampfe an eisigen Tagen und in eisigen Nächten des strengen Winters um die Beendigung des Werkes wird nicht verklingen. . . .

Jede neue elektrische Lampe, jede neue Turbine, jedes neue Kraftwerk bedeutet die Erfüllung des Vermächnisses Lenins, bedeutet das Herandrücken des Triumphes des Kommunismus. Das Proletariat, das die Schwierigkeiten überwindet, den erbitterten Widerstand der Klassenfeinde und ihrer Agenturen aus dem Wege räumt, führt unter der Leitung der Partei siegreich den Leninschen Elektrifizierungsplan durch.

Die Sowjetmacht ist in die Periode des Sozialismus eingetreten. Das Fundament der sozialistischen Oekonomie ist erbaut.“

„Die Sowjetmacht ist in die Periode des Sozialismus eingetreten.“ Eine stolze Behauptung! Beweis: Die Sowjetunion besitzt das größte Kraftwerk der Erde.

Diese zweite Behauptung stimmt. Das Niagara-Kraftwerk verfügt über 430 000 PS, das größte Kraftwerk der USA (Tennessee) über 620 000 PS, Dnjeprstroj über 810 000 PS.

Aber: Selbst wenn es unter der Leitung sozialistischer Ingenieure erbaut worden wäre, statt unter der Leitung amerikanischer kapitalistischer Ingenieure, — wäre es dann ein Beweis dafür, daß die Sowjetunion in die Periode des Sozialismus eingetreten ist?

Haben die Marxisten in der Sowjetunion ganz vergessen, daß Karl Marx gelehrt hat: „Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er erst zum Sklaven. Eine Baumwollmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. Nur in bestimmten Verhältnissen wird sie zu Kapital.“ — Wir können fortsetzen: Ein Kraftwerk ist ein Werk zur Elektrizitätserzeugung. Nur in bestimmten Verhältnissen ist es ein sozialistisches Kraftwerk. — Auf diese Verhältnisse kommt es an, nicht auf die Körpergröße des Negers, nicht auf die Zahl der Spindeln an der Baumwollmaschine, nicht auf die PS des Kraftwerks!

Riesige technische Leistungen sind auch anderswo als am Dnjepr vollbracht worden. Denken wir nur an die Pyramiden in Ägypten. Und sie sind doch wahrlich kein Zeichen davon, daß vor Jahrtausenden Ägypten ein sozialistisches Land war. Und der Unterschied zwischen Dnjeprstroj und den Pyramiden liegt nicht darin, daß die russischen Arbeiter am Dnjepr gefroren, die ägyptischen Fellachen in der Sonne geschwitzt haben.

Glanzeleistungen der Technik sind überdies keineswegs ohne weiteres ökonomisch richtig. Es fragt sich sehr, ob in der Sowjetunion andere Bauten nicht ökonomisch richtiger gewesen wären. Aber sehen wir auch davon ab.

Ein technisch vollkommenes, ökonomisch richtiges, von Sozialisten erbautes Kraftwerk ist noch kein Beweis für den sozialistischen Zustand der Gesellschaft, in der es steht. Dafür bedarf es — eben nach der Lehre von Karl Marx — anderer Beweise. Rpt.

# Schrumpfung des Welthandels um 60 Prozent.

Das ist kein Zeichen für zunehmende Autarkie der einzelnen Staaten.

Nach einer Berechnung im neuesten „Wochenbericht“ des Instituts für Konjunkturforschung war der Welthandel im ersten Halbjahr 1932 wertmäßig um 34 Prozent geringer als 1931 und hat damit einen Stand erreicht, der um 60 Prozent unter dem Höchststand von 1929 und um etwa ein Drittel unter dem Halbjahresdurchschnitt von 1913 liegt.

Das Institut gibt unter der Überschrift „Einfuhrhemmung im Ausland“ auf fünf enggedruckten Seiten einen Ueberblick über die einfuhrhemmenden Maßnahmen und Ergebnisse im Ausland in der Zeit vom 1. Dezember 1931 bis zum 30. September 1932. Wir begnügen uns hier mit der Aufzählung der Kapitelüberschriften: Währung und Währungspolitik; Valutaentwertung; Devisenbewirtschaftung; Handelspolitische Maßnahmen: Einfuhrverbote, Einfuhrmonopole, Einfuhrbewilligungszwang, Einfuhrkontingentierung, Verwendungszwang für inländische Erzeugnisse, neue Zölle und Zollserhöhungen, neue Steuern und Steuererhöhungen.

Trotz dieser hier nur durch die Kapitelüberschriften angedeuteten, kaum überschaubaren Fülle von Handelshemmungen — das Institut weist ausdrücklich darauf hin, daß seine Uebersicht auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt — ist es

den Regierungen nicht gelungen, den Welthandel zu stärkerem Schrumpfen zu bringen als die industrielle Produktion.

Die eindrucksvollen Zahlen über die Schrumpfung des Welthandels kommen nämlich zu einem erheblichen Teil auf das Konto des allgemeinen Preisfalls. Der Welthandel ist zwar auch der Menge nach zurückgegangen. Die statistischen Angaben darüber wirken aber weit weniger sensationell: der Menge nach ist der Welthandel gegenüber dem Vorjahr um etwa 15 Prozent und gegenüber 1913 um etwa 10 Prozent zurückgegangen.

Nach dem „Wochenbericht“ des Instituts für Konjunkturforschung vom 10. August lag die industrielle Warenerzeugung der Welt Mitte 1932 um rund 20 Prozent unter der von Mitte 1931 und um rund 10 Prozent unter der von 1913.

Der Umfang des Welthandels liegt also nur ebenso tief wie die industrielle Weltproduktion unter dem Stande von 1913. Wenn wir die Gegenwart mit dem Vorjahr vergleichen, so ergibt sich, daß der Welthandel seitdem nicht so stark gesunken ist wie die industrielle Produktion (zum Teil, weil die Agrarproduktion mengenmäßig verhältnismäßig stabil ist).

Was sagen die Autarkie-Schwätzer, die mit dem Schlagwort „Autarkie ist Schicksal“ hausieren gehen, zu diesen Feststellungen? H. H.

## DEUTSCHLAND

Vereinigte Stahlwerke: Der für Juli bis September 1932 veröffentlichte Vierteljahresbericht ist der ungünstigste, den die Vereinigten Stahlwerke bisher veröffentlicht haben. Während im vorigen Vierteljahr die Rohstahlfabrikation leicht gestiegen war und die Koksgewinnung einen Stillstand aufzeigte, stellt der vorliegende Bericht wieder bei allen Produkten einen Stillstand fest:

	April/Juni 1932	Juli/September 1932
Kohle . . .	3 430 000 Tonnen	3 380 000 Tonnen
Koks . . .	955 000 „	897 000 „
Roheisen . .	517 000 „	453 000 „
Rohstahl . .	601 000 „	443 000 „

Im Geschäftsjahr 1931/32, das mit dem September endete, war die Produktion bedeutend niedriger als im Vorjahr:

	1930/31	1931/32
Kohle . . .	18 363 000 Tonnen	14 285 000 Tonnen
Koks . . .	5 670 000 „	3 867 000 „
Roheisen . .	3 283 000 „	2 090 000 „
Rohstahl . .	3 694 000 „	2 190 000 „

In der nächsten Zeit wird ja nun wohl die Reichsbahn, die seit April dieses Jahres überhaupt keine Aufträge mehr erteilt hat, dafür sorgen, daß es den Vereinigten Stahlwerken etwas besser geht; denn die in Aussicht gestellten Reichsbahn-Aufträge in Oberbaumaterial sind mit 40 000 Tonnen monatlich festgesetzt worden. Außerdem erteilt die Sowjet-Union über das übliche Maß hinaus Aufträge, so zum Beispiel vor einigen Tagen eine Lieferung von 45 000 Tonnen Walzwerkserzeugnisse.

Beschäftigtenzahl bei den Vereinigten Stahlwerken gesunken: Die Zahl der Arbeiter und Angestellten hat sich während eines Jahres folgendermaßen entwickelt:

	Arbeiter	Angestellte
Ende September 1931	97 100	13 600
Ende Dezember 1931	84 500	12 700
Ende März 1932	82 500	12 400
Ende Juni 1932	83 300	11 600
Ende September 1932	81 800	11 300

Beschäftigungsgrad in der Maschinenindustrie stabil bei 32 Prozent der Normalbeschäftigung: Die Firmen melden eine „gesteigerte Anfragetätigkeit“; außer den Anfragen ist noch nichts gestiegen.

Benzinpreis nochmals erhöht: Eine neue Benzin-Konvention ist zustande gekommen; auch die Russen machen mit, vorläufig für ein halbes Jahr. Folge: Nachdem im September die Treibstoffpreise örtlich nach oben „angeglichen“ wurden, nachdem sie am 1. Oktober um 2 Prozent erhöht wurden, wurden sie nochmals am 11. Oktober um weitere 2 Prozent erhöht. — Die Folge: Der Reichsausschuß für Kraftverkehrswirtschaft rechnet im Winter mit der Außerdienststellung von 400 000 bis 500 000 Fahrzeugen, das heißt einem Drittel des deutschen Kraftwagenbestandes.

## SOWJET-UNION

Planerfüllung der Hochofen im September: Die „Prawda“ vom 6. Oktober berichtet von 101 Hochofen. Davon waren 17 tells in Reparatur, tells sind keine Angaben über sie bekannt. Den Plan zu mehr als 100 Prozent erfüllt haben 26 Hochofen, davon 10 zu 110 Prozent und mehr. Bei allen übrigen lag die Planerfüllung unter 100 Prozent, es arbeiteten mit

90—100% Planerfüllung:	9 Hochofen
80—90% „	16 „
70—80% „	11 „
60—70% „	12 „
50—60% „	5 „
40—50% „	3 „
39,9% „	1 Hochofen
16,9% „	1 „

# Kampf um die Kontingente in Deutschland und außerhalb Deutschlands.

Seit Donnerstag, dem 6. Oktober, ist die deutsche reisende Handelsdelegation in Rom. „Ueber den Verlauf und den Ausgang dieser Besprechungen können — wie von Amtsseite mitgeteilt wird — erst in den nächsten Tagen bestimmte Mitteilungen gemacht werden.“

Inzwischen geht der Krieg mit Telegrammen, Entschleunigungen und Reden in Deutschland lustig weiter. Wir geben von diesem Krieg hier nur zusammenfassend einige Proben:

Nach einander telegraphierten der Hamburger, Bremer und Lübecker Senat an den Reichskanzler einen Protest, in dem darauf hingewiesen wurde, daß der Empfang deutscher Vertreter im Auslande vielfach hauptsächlich unter Hinweis auf die deutsche Kontingentierungspolitik abgelehnt werde. Die Präsidenten der Senate der drei Hansastädte stellen sich dem Reichskanzler zur mündlichen Begründung zur Verfügung.

Papen mußte vor seiner Rede in München sich in der Begrüßungsansprache vom Präsidenten des Bayerischen Industrie-Verbandes sagen lassen: Das von der Reichsregierung geplante Kontingentierungsprogramm lasse das weitgesteckte Ziel der Förderung der Gesamtwirtschaft aus dem Auge.

Gleichzeitig wurde in einem Vortrag im Rahmen des Hansa-Bundes in Berlin gesagt, die Regierung durchkreuze ihr eigenes Wirtschaftsprogramm durch die Agrarpolitik mit der Zinssenkung und den Kontingentsverhandlungen. Die deutsche Ausfuhr werde insbesondere durch die

psychologischen Wirkungen solcher Maßnahmen im Ausland stark beeinträchtigt.

Auf der Gründungsfeier der Siemens-Firmen (zu deren 85jährigen Bestehen) sagte C. F. von Siemens in seiner Festrede: „Wirtschaften, dazu gehört sehr wesentlich, Pläne für die nähere und weitere Zukunft zu machen, also Initiative zu entwickeln. Das kann man nur, wenn es möglich ist, mit einigermaßen gleichbleibenden Grundbedingungen zu rechnen. So sind in den letzten Tagen

von unseren Büros in Schweden, Holland und Dänemark wieder Berichte eingelaufen, daß uns zugeordnete Aufträge zum Teil zu höheren Preisen an England vergeben wurden mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß dies die Folge der allerletzten deutschen handelspolitischen Maßnahmen sei.“

Der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie protestiert gegen die beabsichtigten Holzkontingentierungen. Er weist mit Recht darauf hin, daß die Notlage der Forstwirtschaft auf dem Darniederliegen der Bauwirtschaft und der Holzindustrie beruhe. Die Einfuhrmenge ist bereits außerordentlich stark zurückgegangen. In den Monaten Januar bis August 1932 wurden eingeführt, in Prozenten der Einfuhr im selben Zeitraum 1928:

	mengenmäßig	wertmäßig
Nadelschnittholz . . . . .	20 %	12 %
Nadelrundholz . . . . .	11 %	6 %

Die andere Seite: Der Bundesverband des Reichslandbundes nahm am 12. Oktober einstimmig eine Entschleunigung an, in der es heißt: „Der Reichslandbund erhebt schärfsten Protest gegen die bisherigen Verschleppungsmethoden auf dem Gebiete des Schutzes der deutschen Agrarproduktion gegen die ausländische Konkurrenz. Der Reichslandbund fordert, daß die Reichsregierung endlich autonom die Kontingente festsetzt, die durch die Notwendigkeit der deutschen Nahrungsfreiheit bedingt sind.“

Außerdem fordert er „Festschreibung“ kurzfristiger Verbindlichkeiten (zu deutsch: ihre Nichtzahlung) und Durch-

führung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Landgemeinden (mit einem Fremdwort: Inflation).

In einer besonderen Erklärung nimmt der Reichslandbund seine Vorwürfe gegen die Pommersche Hauptgenossenschaft, die in Wirklichkeit den in der Öffentlichkeit genannten Nachfolger des Kontingentierungsministers von Braun treffen sollten, als „gegenstandslos“ mit Bedauern zurück. Eine Vorbereitung auf einen Ministerwechsel?

Daß Herr von Braun noch immer im Amt ist, bewies er unter anderem durch eine Ansprache auf der Tagung des Verbandes der landwirtschaftlichen Hausfrauen. Er gab dabei nachträglich noch folgende schöne Begründung seiner Kontingentierungspolitik: Ende des Jahrhunderts werde die deutsche Bevölkerung nur noch zwei Drittel der gegenwärtigen Bevölkerung betragen, dann werde die deutsche Landwirtschaft vor schwierige Absatzprobleme gestellt werden, für ausländische landwirtschaftliche Erzeugnisse sei dann gar kein Platz mehr am deutschen Markte. — Die Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte im Inland sei ein weites Arbeitsgebiet für die Landfrau. Seine achtungsvollen Worte über die deutsche Bäuerin wurden vor allem dadurch beschwingt, daß unter anderem im Kreise der landwirtschaftlichen Hausfrauen vor ihm saß — die Exkronprinzessin Cecilie.

Auf der Tagung der Fachabteilung für Gartenbau der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer erklärte Herr von Braun am 13. Oktober mit starker Betonung, daß er entschlossen sei, den einmal beschrittenen Weg der Kontingentierung unter allen Umständen weiter zu gehen.

Braun gegen Warmbold, Landbund gegen Industrielle, — der Kampf ist noch unentschieden. Es scheint keiner großen Arbeiterorganisation einzufallen, ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen.

## Ernüchterung.

Bayern gegen den „amtlichen deutschen Optimismus“.

Unter dieser Überschrift bezeichnet ein Leitartikel des „Bayerischen Kurier“ (Nr. 281 vom 7. Oktober 1932) das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung als ein Experiment. Daß es das sei, könne heute ernsthaft wohl von niemandem bestritten werden. Es werde „um so waghalsiger, je weniger sich die Hoffnungen auf Konjunkturbelebung verwirklichen“. Der „Bayerische Kurier“ trägt Stimmen zusammen, die vor Optimismus in Bezug auf die Konjunkturbelebung in den USA warnen und fährt fort:

„Diese betonte Reserve ausländischer Wirtschaftskreise, die nicht weniger als wir in Deutschland eine allgemeine Konjunkturbesserung wünschen müssen, steht in auffälligem Gegensatz zu dem amtlichen deutschen Optimismus. Je stärker dieser Optimismus amtlicherseits gezüchtet wird, desto mehr besteht die Pflicht, unserem Volk die Wahrheit und die Wirklichkeit vor Augen zu halten. Ebensowenig wie in der Außenpolitik helfen zumeist auch auf dem spröden Boden der Wirtschaftspolitik diktatorische Gesten und Vollmachten.“

Mit Behagen stellt der „Bayerische Kurier“ dann fest, daß die Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“ größeren Abstand vom Kabinettpapen zu gewinnen sucht, und schließt mit den Worten:

„Das Unbehagen mit den Experimenten des Kabinetts Papen-Schleicher breitet sich aus. . . .“

## USA

Kursrückgänge: Seit Mitte September gehen die Börsenkurse allmählich zurück. Gegenüber dem Höchststand von Anfang September sind Kursabschläge von 30—40 Prozent zu verzeichnen. Die Kurse liegen jedoch erheblich — weitgehend um 100 Prozent — über denen vom Juli 1932.